

[Redacted]

Anlage Text des Briefs vom 12.10.2016

*Claudia Greven*

Claudia Greven

Mit freundlichen Grüßen

darlegte. Hiermit lege ich Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl der Seniorenvertretung im Oktober 2016 ein. Die Gründe habe ich in meinem Schreiben vom 12.10.2016 an Frau Oberbürgermeisterin Reker

Sehr geehrter Herr Dr. Rau,

10.11.2016

Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stadt Köln  
Dezernat V  
Herrn Dr. Rau Beigeordneter  
und Wahlamtsleiter  
Willy Brandt-Platz 2  
50679 Köln

*Claudia Greven*

*Claudia Greven*

12.10.2016

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
durch den Artikel vom Kölner Stadt-Anzeiger heutigen Datums bin ich auf eine meiner Meinung nach skandalöse Lücke in der Wahlordnung für die Seniorenvertretung der Stadt Köln aufmerksam geworden. Ich nahm an, dass das Nicht-erwähnen einer Parteizugehörigkeit automatisch auch bedeute, dass die Kandidatin/der Kandidat auch keiner Partei angehöre. Das ist augenscheinlich nicht der Fall.

Hiermit bitte ich Sie um Überprüfung der Wahlordnung für die Seniorenvertretung. Es kann unmöglich in Ihrem Interesse sein, dass sich durch Verschweigen der Zugehörigkeit zu einer rechten Partei per Zufall Bürger eine Stimme bekommen, deren Gesinnung zweifelhaft, undemokratisch und menschlich fragwürdig ist. Wozu sollte man sonst verschweigen, dass man einer rechten Partei angehört?

Wie gefährlich eine verdeckte Gesinnung werden kann, mussten wir selbst in unserem weltoffenen Köln immer wieder erfahren. Wehret den Anfängen!

Ich zitiere Herrn Andreas Damm, Redakteur vom Kölner Stadt-Anzeiger, aus seinem Kommentar vom heutigen Tage:

**Die Seniorenvertretungen sind nicht in der Gemeindeordnung verankert, sondern ein freiwilliges Angebot der Städte an ihre Bürger. Lässt eine Kommune über ein solches Gremium abstimmen, stehen die Ratspolitiker in der Pflicht, den Wählern hinreichende Informationen über das Bewerberfeld zu verschaffen. Dazu zählt unbedingt die Mitgliedschaft in einer Partei ."** ( Zitat Ende)

Wenn Sie, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, es wichtig finden, dass Senioren sich am politischen Leben unserer Stadt aktiv beteiligen, sorgen Sie bitte für Aufklärung, Transparenz und offenen Dialog. Das ist nur möglich, wenn die Zugehörigkeit zu einer Partei zu unabdingbaren Pflichtauskunft der KandidatInnen gehört.

Ich werde prüfen lassen, ob dieses Vorgehen der Stadt Köln die diesjährigen Wahlen anfechtbar macht.

[Redacted]